

UWE CONRADT
Oberbürgermeister

Ihre Email vom 21. Mai 2021

Sehr geehrter Herr Später,

das Thema Straßennamen und Erinnerungskultur verlangt neben großer Leidenschaft, die Sie ja mitbringen, die Bereitschaft zum Zuhören und Gedankenaustausch und vor allem ist sie auch mit politischer Verantwortung verbunden.

Wie Sie wissen bin ich 2019 von den Saarbrückerinnen und Saarbrückern zum Oberbürgermeister gewählt worden und mit dem Ludwigspark-Projekt meiner Vorgängerin und der erforderlichen Neupositionierung von Saarbrücken als Messestadt kann ich mich, mal ganz abgesehen von CORONA, derzeit über Arbeit nicht beklagen. Trotzdem war es mir wichtig als Oberbürgermeister ein Zeichen gegen den aufkommenden Antisemitismus zu setzen und bin als OB der Initiative „Bürgermeister gegen Antisemitismus“ dieses Jahr beigetreten

Sie können sicherlich nicht wissen, dass Straßennamen bereits seit Anbeginn meiner Arbeit auf der Agenda stehen, es wurde erstmals in Saarbrücken mit der systematischen Prüfung von Straßennamen begonnen. Der Bezirksrat Mitte hat eine Straßennamenkommission gebildet. In einem halben Jahr wurden über 50 nach Personen benannte Straßennamen des Bezirks Mitte näher begutachtet, der Bezirksrat wird nun auf Basis der Kommissionsergebnisse die Thematik beraten und beschließen.

In der Kommission haben die Vertreter*innen der Parteien trotz unterschiedlicher Einschätzungen in vielen Punkten sich auf Konsense verständigen können. Das Thema ist sehr komplex und als Oberbürgermeister ist es mir wichtig, das Thema Erinnerungskultur so zu moderieren, dass unsere Stadt gewinnt und nicht gespalten wird. Gerade die Kommissionsarbeit hat gezeigt, dass sich alle Seiten aufeinander zu bewegt haben. Die Arbeit der Kommission war wertvoll, da es eben nicht nur bekannte problematische Persönlichkeiten gibt wie etwa Neikes, sondern auch den von Ihnen genannten Dr. Vogeler und einige mehr, die bis dato kaum eine Rolle spielten. Die Kommission hat sich mit Umbenennungen beschäftigt und für einige einstimmig ausgesprochen, sie hat sich aber auch für Aufklärung statt aus dem Gedächtnis Tilgen entschieden. Es bewegt sich also viel in Saarbrücken und ich bin froh, dass die Arbeit der Straßennamenkommission nicht nur leidenschaftlich, sondern sachlich und fair war.

Man kann die Thematik Straßennamen unterschiedlich sehen – gerade die Straße des 13. Januar ist dafür ein Beispiel. Dieses dunkle Datum saarländischer Geschichte dürfte immer weniger Menschen bekannt sein, eine Umbenennung verstärkt die Amnesie. Andererseits ist es legitim, diese Straße anders zu bewerten und ihre Umbenennung zu fordern.

Die Auseinandersetzung mit Straßennamen erfordert Wissen, die Fähigkeit zur Differenzierung, eine gewisse Distanz und sollte sich zumindest an den Grundlagen wissenschaftlichen Arbeitens orientieren. Davon sind Sie noch ein gutes Stück entfernt, wie Ihre Röder-Tiraden zeigen.

Das Gutachten der Universität Jena zu Röder widerspricht jedenfalls Ihrer Anti-Röder-Propaganda, insbesondere die Behauptung, er sei Antisemit, dürfte einer gerichtlichen Überprüfung nicht standhalten. Was wir wissen ist, dass Röder als Kultusminister die Arbeit der Christlich-jüdischen Arbeitsgemeinschaft gefördert hat. Dass er ein verdienstvoller Ministerpräsident war, wissen Sie sicherlich auch. Als Geschäftsführer der Heinrich-Böll Stiftung haben Sie eine Verantwortung, Röder als Nazi-Verbrecher zu bezeichnen ist so lange Verleumdung und Propaganda bis bewiesen ist, dass er in Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen verwickelt wäre, wofür es keine Belege und noch nicht einmal Verdachtsmomente gibt. Es ist aber richtig, Persönlichkeiten in ihrer Gänze wahrzunehmen und insofern Röders NSDAP-Mitgliedschaft, die er leider mit über 11 Millionen Deutschen teilt, nicht zu verschweigen.

Sie geben mir sicherlich recht, Straßennamen sind nicht primär ein ehrendes Instrument, sie sind auch eine Quelle der Geschichte der Erinnerungskultur und eine Vielzahl von nach Personen benannten Straßennamen entspricht nicht unseren heutigen Wertvorstellungen. In der Landeshauptstadt Saarbrücken ehrt niemand Antisemiten oder Nazis und ich werde, so wie ich es immer getan habe, weiter gegen Antisemitismus und Hetze gegen den Staat Israel eintreten. Uns in der Landeshauptstadt das zu verbieten, so wie Sie das getan haben, diskreditiert Sie nicht nur als Person, sondern beschädigt das Erbe von Heinrich Böll. Es ist schändlich, die Hamas-Angriffe auf Israel zu Propagandazwecken zu instrumentalisieren.

Ich ersuche Sie, sich als Geschäftsführer der Heinrich-Böll-Stiftung verantwortungsbewusst in den gesellschaftlichen Diskurs unserer Stadt und unseres Landes einzubringen und bitte Sie nochmals verleumderische Unterstellungen zu unterlassen.

Mit freundlichen Grüßen



Uwe Conradt
Oberbürgermeister